

Stellungnahme zu den Bundestagswahlen:

Widerstand auf breiter Front – deshalb am 6. März mit den Arbeitern gegen die reaktionäre Wende!

Dafür reicht der Stimmzettel allerdings nicht

Die Ungewißheit des Wahlausgangs am 6. März bestimmt die Aktivität der Parteien und Abgeordneten, die um Mandate und Ministerposten »kämpfen« und dafür Millionen ausgeben. Der Wähler tritt für einige Wochen vor dem 6. März in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen, um dann — so war es bisher und so würden sie es am liebsten auch in der weiteren Zukunft sehen — im grauen Nichts zu verschwinden. Vor den Wahlen entdecken alle Bonner Parteien die Zerstörung der Umwelt, die Frauenfrage, die Angst vor der Stationierung der Mittelstreckenraketen auf dem Boden der Bundesrepublik, die fehlenden Lehrstellen, die Überfüllung der Schulen und Hochschulen mit Jugendlichen, die keinen Weg in die Produktion finden. Alle überhäufen die Arbeitslosen mit Sympathieerklärungen, wie schrecklich doch ihr Schicksal sei — vor einigen Jahren wurde nur davon gesprochen, daß viele Arbeitslose nicht arbeiten wollten und viele Kranke die Krankenkasse ausnützten. Und alle sind sie natürlich für den Frieden.

Aber die Zeiten haben sich geändert. Längst ist vorbei, daß Adenauer noch Wahlgeschenke kurz vor den Wahlen austellen konnte. In der Krise gibt es jetzt nur noch Versprechungen, daß die »Wende« zum Besseren komme, wenn man nur sie und nicht den Konkurrenten wähle. Das haben schon CDU/CSU/FDP verkündet, als sie im Herbst '82 endlich die Regierungsposten »eroberten«. Ihre »Wende« konnte auch nicht verhindern, daß seitdem weitere 700 000 Arbeiter oder Angestellte arbeitslos geworden sind.

Die SPD hat recht, wenn sie feststellt, daß »die schönsten Voraussagen der Regierung über die wirtschaftliche Entwicklung« kaum noch einer ernst nimmt. Aber seit jeher haben die Politiker in der BRD mit der Vergeßlichkeit der Wähler gerechnet. Wenn auch die Wähler sich jetzt noch mit der Abgabe des Stimmzettels begnügen, so irren die Politiker, die daraus den Schluß ziehen, diese Methode könnte immer so weiter mit Erfolg betrieben werden. Diese besteht darin, vor den Wahlen Versprechungen zu machen und sie nach den Wahlen — wegen der »Realpolitik« — in Vergessenheit geraten zu lassen.

Der Rückgang der Wählerstimmen 1981/82 für die SPD, als diese noch Regierungspartei zusammen mit der FDP

war, ist offenbar gewesen und der Zulauf schon abgesprungener Wähler, nachdem sie in Opposition gekommen ist (durch die Machenschaften der FDP), ist kein Vertrauensbeweis für die Regierungspolitik, die der gegenwärtigen Kohl-Genscher-Regierung vorausging.

Es ist nicht vergessen, daß Willy Brandt davon sprach, daß für jeden, der arbeiten wolle, auch ein Arbeitsplatz da sei, wenn auch nicht der, den er wünsche. Oder, daß Helmut Schmidt optimistisch davon sprach, 5 Prozent Inflation seien besser als 5 Prozent Arbeitslosigkeit.

Was ist aus all jenen Versprechungen aus den Jahren der Konjunktur geworden, die doch jeder Arbeiter und Angestellte kennt, als die Arbeitskraft noch Mangelware war: Bei uns habe jeder Arbeiter eine gute und gesicherte Lebensstellung mit einem gerechten Lohn bis zur Pensionierung?

Die Erfahrungen der letzten Jahre mit den Reden und Handlungen der Abgeordneten und Minister machen uns alle vorsichtiger und mißtrauischer. Die »Selbstbedienung« der Parlamentarier aus Steuergeldern und die zusätzliche Versorgung aus Schmiergeldern der Industrie (Flick!) bleiben nicht ohne Wirkung beim Wähler. Das taucht im Wahlkampf natürlich nicht auf.

Wo sind wir 50 Jahre nach der Weltwirtschaftskrise angelangt?

Wo sind wir angelangt, 50 Jahre nach der Weltwirtschaftskrise, die uns in den 2. Weltkrieg führte und fast 40 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges?

Nach 1933, als die Demokratie von Weimar zerfiel, hatte sich die herrschende Klasse Deutschlands, die Unternehmer und das Finanzkapital, auf die Nationalsozialisten und deren Hilfstruppen zur Unterdrückung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gestützt.

Nach dem Zusammenbruch und dem verlorenen Krieg mußte sie eine neue und möglichst durch die Nazierrschaft nicht diskreditierte Grundlage finden, um ihre ökonomische und politische Herrschaft zu retten. Sie selbst waren zu wenige und darüber hinaus durch ihre Zusammenarbeit mit den Nazis und durch die Kriegsver-

brechen in Verruf geraten. Da gaben sie sich arbeiterfreundlich — sie wollten nie mehr Herren im Hause sein, und sie sprachen sogar von Sozialismus und Partnerschaft von Arbeitern und Unternehmern. Zum Dank setzten sich die gerade wieder durch die Alliierten zugelassenen Gewerkschaften bei den Siegermächten für die Wiederzulassung der Unternehmerverbände ein.

Die neue Weltwirtschaftskrise wirft bereits ihre Schatten voraus. Die wachsende Ohnmacht der Gewerkschaft vor den Unternehmerangriffen besteht darin, daß sie nicht mehr in der Lage sind, in der Krise die Arbeiterinteressen »partnerschaftlich« wirksam zu vertreten, weil die Waffen aus der Konjunkturzeit (Lohnstreik, Warnstreik, Schwerpunktstreik) stumpf geworden sind. Dies zeigen die ständig wiederkehrenden mahnenden und drängenden Aufrufe des DGB an Unternehmer und Regierung, diese mögen doch endlich etwas gegen die Auswirkungen der Krise und die Massenarbeitslosigkeit unternehmen.

Die Appelle an die Unternehmer und das Finanzkapital weisen auf die (für Unternehmer und DGB-Führung gleichermaßen drohende) »Gefahr« einer Radikalisierung der Arbeiter und Angestellten hin. Schließlich können sich diese nicht endlos mit Bitten und Beruhigungen erst auf Monate, dann auf Jahre und jetzt schon auf Jahrzehnte bis ans Ende des Jahrhunderts zufriedengeben.

Die Arbeiter und Angestellten haben nach den Zerstörungen des 2. Weltkrieges Fabriken und Städte wieder aufgebaut, haben sich gegen die Demontage ihrer Arbeitsplätze durch die Sieger gewehrt, haben aus den Trümmern sich wieder eine Existenz geschaffen. Sie sollten jetzt stillschweigend zusehen, wie die deutschen Unternehmer, die 1945 von den Gewerkschaften gerettet wurden, ihre Arbeitsplätze vernichten und Betriebe dicht machen?

Die Arbeiter und Angestellten haben geglaubt, die Sozialpartnerschaft sei eine Garantie dafür, daß auch in schweren Zeiten ihre Existenzbedingungen von den Unternehmern respektiert werden würden. »Wir sitzen alle in einem Boot« — das war der Inhalt ihrer »mitreisenden« Reden. Deutlich wird: Wir Arbeiter und Angestellten sitzen in einem anderen Boot als die Unternehmer.

»Nationaler Solidarpakt«?

Alle Vorschläge der Parteien zur Krisenüberwindung laufen darauf hinaus, die Konkurrenzkraft zu stärken und die Gewinne zu sichern. Von seiten der Regierung geschieht dies mit Subventionen, von seiten der Unternehmer durch Massenentlassungen und Stilllegung der nicht mehr auf dem Weltmarkt mit Gewinn absetzbaren Produktion, Abbau der gesetzlichen und betrieblichen Sozialleistungen. Was die sozialliberale Koalition begann, setzt die christlich-liberale fort. Die SPD schiebt jetzt der FDP die Schuld in die Schuhe, mit der sie 14 Jahre lang in der Regierung saß.

Keine Regierung wird etwas daran ändern können, daß die Interessen derer bestimmend sind, die den Produktionsprozeß lenken, die über Kapital und Produktionsmittel verfügen und daher eher in der Lage sind, ihre Interessen durchzusetzen — als diejenigen, die nichts anderes besitzen als ihre Arbeitskraft und daher Opfer der Krisen-



Bericht von der Betriebschließung Heidenweich+Harbeck, Hamburg 1976

überwindung werden, wenn sie sich nicht zur Wehr setzen und die Profitproduktion aufheben.

Deswegen halten wir nichts von der Solidargemeinschaft oder einem »nationalen Solidarpakt«, den Vogel empfiehlt und verspricht, wenn er Bundeskanzler werde. Es gibt keine Solidarität zwischen den wenigen Besitzenden und den vielen Besitzlosen, zwischen denen, die Kapital und Produktionsmittel besitzen und daher in der Lage sind, die Arbeitskräfte zu kaufen und deren Existenzbedingungen zu diktieren. »Gerechte Verteilung« der Lasten bedeutet unter kapitalistischen Verhältnissen, daß Arbeiter und Angestellte erneut für das Profitstreben der herrschenden Klasse zur Kasse gebeten werden.

Wie auch immer die Wahl ausgehen mag, ob es in der BRD nach der Wahl eine sozialdemokratische Regierung oder eine christlich-soziale geben wird, sie muß sich den Notwendigkeiten der herrschenden (d.h. der kapitalistischen) Produktionsweise fügen. Die Arbeiterklasse wird deshalb nicht der deutlicher werdenden Notwendigkeit aus dem Weg gehen können, um die eigenen Interessen zu kämpfen.

Unternehmer und Banken können nach den Erfahrungen der letzten Jahre nicht länger verbergen, wie brutal sie auf der Jagd nach Gewinn unsere Existenzbedingungen bedrohen. Man braucht nur darauf hinzuweisen, mit welcher Rücksichtslosigkeit gegenüber Gesundheit und Arbeitsplätzen die Rationalisierung mit Hilfe der neuen elektronischen Technologie, den Bildschirmen und den Robotern vorangetrieben wird.

Jetzt sagte der neue Bundeskanzler Kohl: »Die Arbeitslosigkeit kann man nur in Gemeinschaft, nicht in Klassenkampfstimmung bekämpfen«. — »Gemeinsamkeit«, die er uns predigt oder der »Solidarpakt der Nation« Vogels — beide können uns nicht davor bewahren, doch den Kampf

Kolleginnen und Kollegen, die am Kontakt mit einer örtlichen Gruppe interessiert sind, bitten wir, sich an die Redaktionsadresse zu wenden.

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
F. Lübke · Herstellung und Vertrieb: GFSA - Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Arbeiterbewegung e.V., Postfach 15 02 47, 2800 Bremen 15
Postscheck Hamburg 4100 77-205, BLZ 200 100 20



...und hier die vernichteten Arbeitsplätze

für unsere Interessen aufnehmen zu müssen. Solange wir in der »Gemeinsamkeit« mit den Herrschenden verharren, nutzen sie die Zeit.

Die »Zeit« vom 4. 2. 1983 berichtet an versteckter Stelle, die nur Börsenleute lesen: »... Schweizer Bankiers... beobachten, daß deutsche Bundesbürger einen Teil ihres Vermögens in die Schweiz verlagern, wollen aber noch nicht von einer Kapitalflucht sprechen. Diese Gelder kehren wahrscheinlich zurück, falls der Wahlausgang die Regierung Kohl bestätigen sollte, wofür nach den jüngsten Meinungsumfragen einiges zu sprechen scheint.« Wer mögen die »deutschen Bundesbürger« sein, die ihr Kapital rausschaffen? Was die Kapitalbesitzer noch interessiert bei der Stilllegung z. B. der Stahlbetriebe ist laut »Zeit«, wo der »wertvolle Grundbesitz« bleibt.

Unsere Zukunft als Arbeiter und Angestellte hängt nicht von irgendwelchen parlamentarischen Mehrheiten oder politischen Parteien ab, sondern von der wirtschaftlichen Entwicklung und den Tatsachen und Bedingungen, die durch sie geschaffen werden. Sie wirken auf die Gesellschaft ein und rufen Unsicherheit und Furcht hervor.

„Wir stecken in der tiefsten Rezession seit den dreißiger Jahren. Wenn es gut geht, werden die Historiker diese Jahre als die „Große Stagnation“ beschreiben. Wenn wir aber die Zeichen der Zeit mißdeuten und die Zügel weiterhin schleifen lassen, dann werden unsere Kinder sie mit der Katastrophe der dreißiger Jahre vergleichen. Sie werden unser wirtschaftliches und politisches System in Zweifel ziehen und in manchen Ländern möglicherweise – wie in Deutschland geschehen – über Bord werfen.“

Helmut Schmidt (SPD)

Wir warnen vor dem Glauben an die »Tugenden der Bürger«, von denen »eine solidarische Gesellschaft abhängig« ist, vor dem Glauben an »Gerechtigkeit« und Meisterung der Krise dadurch, daß »alle Opfer bringen«. Wir warnen vor der Selbstüberschätzung Vogels, der meint, daß »ich als Bundeskanzler die Weltmächte mit... aller Kraft zu Verhandlungen drängen kann«. Die Parteien täuschen sich und die Werktätigen. Selbst wenn die Konjunktur wieder kommt, bedeutet das kein Ende der Massenarbeitslosigkeit. Wenn die Arbeiter sich der »freien Marktwirtschaft«, d. h. dem Konkurrenzdruck des Kapitals weiterhin unterwerfen — müssen sie am Ende auch die Einflußgebiete des Kapitals verteidigen und Kriegsschauplatz und Soldaten abgeben.

Die Wahlversprechen der SPD können die Arbeiter nur selbst einlösen!

Wir wissen, daß die Stimmabgabe am 6. März auf die Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft und den Fortgang der Krise keinen Einfluß hat. Das ändert aber nichts an den Vorstellungen, die viele Arbeiter und aktive Gewerkschaftskollegen noch mit der Stimmabgabe verbinden.

Bei der Wahl stimmt die Masse der Arbeiter und Angestellten, unter ihnen viele aktive Gewerkschafter, für die SPD. Auch und gerade viele Kolleginnen und Kollegen, die sich wegen der SPD-Regierungspolitik von ihr abgewandt hatten. Sie wollen nicht zurück zu den Verhältnissen am Ende der sozial-liberalen Koalition. Ihr Ziel ist: Zurückdrängung von CDU/CSU/FDP und der durch sie drohenden Gefahren.

Die Polarisierung in der Gesellschaft seit den letzten Wahlen, als allein die Furcht vor einem Kanzler Strauß bestimmend war, ist fortgeschritten. Zwar zeigt sich die Angst vor der Zukunft noch nicht im Massenprotest, im Gegenteil: Betrachtet man nur die Oberfläche, so sind viele Menschen bereit, ihren Lebensstandard einzuschränken. In der Bereitschaft, Verzicht zu leisten, kommt aber nur die Hoffnung zum Ausdruck, daß so Schlimmeres verhütet werden kann. Weil die Massen keinen Ausweg wissen und die Gewerkschaften ihnen auch keinen zeigen, konzentrieren sich ihre Hoffnungen **zur Zeit** auf die Wahl der SPD. Diese wiederum muß die Erwartungen der Wähler aufgreifen, weil sie **Stimmen** bekommen will.

Während die CDU/CSU kleinbürgerliche Ängste schürt und damit auch bei Arbeitern und Angestellten hausieren geht, greift die SPD in unverbindlicher und verschwommener Weise die Vorstellungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf, wie Verkürzung der Arbeitszeit, Rücknahme der Mietrechtsänderungen, Rücknahme der Bafög-Streichungen. Sogar dem Wunsch der Bevölkerung, daß die BRD kein Kriegsschauplatz werden möge, trägt sie jetzt in der Wahlpropaganda Rechnung.

Daher sagen wir den Kolleginnen und Kollegen, mit denen wir im Betrieb und Gewerkschaften zusammenarbeiten: Wir akzeptieren, daß ihr am 6. März SPD wählt, wir sind bereit, bei der Wahl alles Trennende zurückzustellen. Doch müssen wir auch nach der Wahl — unabhängig ob das Wahlglück die SPD an die Regierung bringt oder nicht — gemeinsam mit ganzer Kraft auf die Realisierung jener Punkte im SPD-Wahlprogramm drängen, für die sie unsere Stimmen erhalten hat.

Wir haben aus der Erfahrung der letzten 50 Jahre gelernt, daß die SPD den ihr folgenden Wählern keinen Ausweg aus der Krise des Kapitalismus bieten kann. Da wir einen neuen Sturz der deutschen Arbeiterklasse in den Abgrund wie 1933 mit den ihr folgenden Verwüstungen im Krieg verhindern wollen, sehen wir es als unsere Aufgabe an, auf die noch der SPD folgenden Massen politisch einwirken zu

können. Wir können diese Wahl nutzen, um dafür bessere Voraussetzungen zu schaffen.

Die SPD hat sich im Wahlkampf z. B. auf die Verkürzung der Arbeitszeit festgelegt. Es ist uns in der Zusammenarbeit mit den Kollegen leichter als bisher, über Folgendes zu beraten: Die Forderung allein bleibt solange Papier, wie wir den Kampf dafür **nicht** vorbereiten. Für die Unternehmer ist das eine politische Frage, die auf dem Weg über die Tarifverträge nicht gelöst werden kann. Wenn wir den Kampf für die 35-Std.-Woche ernsthaft wollen, dann müssen wir dieses Problem also als ein politisches erkennen, das über das bisherige schiedlich-friedliche Verhandeln im Rahmen der Tarifautonomie hinausgeht. Dazu ist aber auch notwendig, daß wir SPD und Gewerkschaften nicht aus der Verantwortung für ihr Wahlversprechen lassen. Die 35-Stunden-Woche läßt sich in der Krise nur mit Nutzen für die **gesamte** Arbeiterklasse verwirklichen, wenn sie verbunden ist mit der **Kontrolle bei der Einstellung von zusätzlichen Arbeitskräften**. Wie mit der 35-Stunden-Woche ist es auch mit den anderen Wahlversprechen: einlösen können die Arbeiter sie nur selbst.

Die Grünen wählen?

In Teilen der jungen Generation, die noch wenig Verbindung mit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung haben oder sich in den letzten Jahren enttäuscht von diesem »verknöcherten« Gewerkschaftsapparat abgewendet haben, wächst die Hoffnung auf eine parlamentarische »Wende« durch die Grünen. Wir arbeiten mit ihnen zusammen, sei es in der Anti-AKW-Bewegung, im Kampf gegen die Umweltzerstörung oder in der Friedensbewegung. Der Kontakt zur Durchsetzung **gemeinsamer** Ziele ist auch in der Zukunft nötig, er muß sogar besser werden. Trotzdem können wir als klassenbewußte Arbeiter unseren Kolleginnen und Kollegen nicht die Wahl einer »grünen« Protestpartei empfehlen, in der sich die **unterschiedlichsten** Interessen wiederfinden und in der führende Mitglieder davon sprechen können, 5 Millionen Arbeitslose seien 5 Millionen Chancen zum Ausstieg aus der Gesellschaft. Wir kämpfen nicht für den Ausstieg der Arbeiterklasse aus der Gesellschaft, sondern dafür, daß sie zur **Trägerin** der Gesellschaft wird.

Dies steht nicht im Widerspruch dazu, daß wir bei Landtagswahlen wie z. B. in Hamburg die GAL unterstützt

haben, da die klassenbewußten Elemente bei ihr eine wesentlich stärkere Rolle spielen, als dies bei der Grünen Partei im Bundesmaßstab der Fall ist (z. B. Baden-Württemberg).

Wir können gegenüber den Stahlarbeitern auch nicht vertreten, ihre Betriebe müßten dezentralisiert werden, wie das im Wahlprogramm der Grünen steht, selbst wenn das mit der 35-Stunden-Woche schmackhaft gemacht wird (vor allem, wenn sowas wieder 'ne Forderung »an die Regierung« ist; d. Korrektor).

Auch bei den »Grünen« herrschen parlamentarische Illusionen — nicht weniger als bei SPD-Wählern. Sie sagen zum Beispiel: »*Strauß und seine Politik können nur verhindert werden, wenn die grüne Fraktion im Bundestag so stark wird, daß die jetzige Regierungskoalition über keine Mehrheit verfügt.*« (Wahlzeitung der Grünen, S. 1). Im Parlament kann überhaupt nichts verhindert werden, in ihm spiegeln sich nur die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse wider. Selbst eine von den Grünen gestützte SPD-Regierung wird Sozialabbau, Arbeitsplatzabbau und Kriegsvorbereitungen nicht aufhalten. Entscheidend ist unseres Erachtens jetzt, die Loslösung der Masse der Werktätigen von der SPD so zu beeinflussen, daß sie nicht durch kurzfristige Hoffnungen in eine gesellschaftliche Übergangserscheinung wie die Grünen erneut enttäuscht wird. Dann hätten nämlich unsere Klassengegner leichtes Spiel und könnten sich als das solidere Auffangbecken anbieten!

Die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse können in unserem Sinne nur verändert werden, wenn die Arbeiterklasse, die im direkten Gegensatz zum Kapital steht, sich auch dessen bewußt wird und auf den Plan tritt. Eine wie auch immer geartete Protestbewegung, mit der wir zwar in vielen Fragen Berührungspunkte haben, die aber nicht das **Klasseninteresse** in den Vordergrund stellt, kann das nicht. Dies aber ist notwendig in der Zukunft, wenn die Arbeiter und Angestellten ihr Schicksal besser meistern wollen als die Generationen vor uns. Dann und nur dann wird die Arbeiterbewegung auch jene in ihre Reihen einbeziehen können, die heute ohne Glauben an die Kraft einer handelnden Arbeiterklasse sich **neben** ihr in einer Protestbewegung sammeln, aber doch nur vereint mit der Arbeiterklasse ans Ziel ihrer Bestrebungen kommen werden. Noch marschieren sie getrennt, die Zukunft muß sie zu gemeinsamem Kampf zusammenführen, wenn wir nicht alle untergehen sollen.

Gruppe Arbeiterpolitik, 26. 2. 1983 ■

